

Wer sich weigert, kann bleiben

Innenministerin über brisanten Abschiebe-Brief an Polizisten: „Sehr bedauerlich“

Donnerstag, 22.08.2024, 19:56(<https://www.focus.de/archiv/politik/22-08-2024/>)

Aus einer Anweisung an die Bundespolizei am Flughafen Düsseldorf geht hervor, dass Personen, die ihre Abschiebung verweigern, auf freien Fuß gesetzt werden können. Ein Beamter ist fassungslos und spricht von „bürokratischem Wahnsinn“. Nun meldet sich das Innenministerium zu Wort.

Am Flughafen in Düsseldorf sollte ein 38-Jähriger aus der Elfenbeinküste abgeschoben werden. Auf dem Weg zum Flugzeug griff er zwei **Polizisten**([thema/polizei/](#)) an und verletzte sie so schwer, dass sie ins Krankenhaus gebracht werden mussten. Es war nicht das erste Mal, dass er sich gegen die Abschiebung gewehrt hatte - trotzdem durfte er einfach in Deutschland bleiben.

Brief zeigt eindeutige Anweisung an Polizisten

Denn aus einer Dienstanweisung der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen an die Bundespolizei am Flughafen Düsseldorf, die der „**Bild**(<https://www.bild.de/politik/inland/abschiebungen-wer-sich-gegen-die-polizei-wehrt-darf-bleiben-66c5b90bae4dcc0aa5ca7086>)“ vorliegt, geht hervor: „Wenn sich der Betroffene weigert in das Flugzeug zu steigen bzw. auf eine andere Art versucht, sich der Abschiebung zu widersetzen (aktiver/passiver Widerstand), kann dieser auf freien Fuß gesetzt werden und eigenständig zu der ihm zugewiesenen Unterkunft zurückreisen.“ Bei einem „Scheitern der Abschiebung“ werde die Bundespolizei darum gebeten, „die Abschiebeunterlagen an die zuständige Ausländerbehörde zu versenden“.

Innenministerin Behrens: „Sehr bedauerlich“

Nun rudert das Ministerium zurück und betont gegenüber „Bild“, dass das Schreiben „leider ausgesprochen missverständlich und unpräzise formuliert“ gewesen sein. Und auch **SPD**([organisationen/spd/](#))-Innenministerin Daniela Behrens betont: „Es gibt keine Anweisung der Niedersächsischen Landesaufnahmebehörde an die Bundespolizei, Rückführungen bei Widerstandshandlungen abzubrechen. Das missverständlich formulierte Schreiben ist sehr bedauerlich.“

Es sei zudem ein Einzelfall gewesen, dass das Schreiben in dieser Form an die Bundespolizei verschickt wurde und es werden so „in Zukunft nicht mehr verwendet“, so das Ministerium weiter.

Beamter fassungslos: „Bürokratischer Wahnsinn“, Rechtsstaat „ad absurdum geführt“

Der stellvertretende Vorsitzende der Bundespolizei-Gewerkschaft (DPoIG), Manuel Ostermann, sagt der Zeitung, dass der Rechtsstaat damit „ad absurdum geführt“ werde. „Das Ganze wird noch absurder, wenn die gewalttätige Person anschließend auf freiem Fuß belassen wird. Diese Realität zeigt Deutschlands Hilflosigkeit.“ Darunter würden nicht nur die Menschen leiden, die in Deutschland leben, sondern auch seine Kollegen, „die diesen Wahnsinn ausbaden müssen“.

Der Ivorer habe sich laut Ostermann bereits mehrmals der Abschiebung widersetzt. „Genau deshalb mussten wir ihn auf Weisung der Ausländerbehörde absurderweise wieder freilassen. Und nur so konnte er jetzt meine Kollegen angreifen und verletzen.“ Entgegen der Anweisungen aus dem Brief brachten die Polizisten den Mann laut „Bild“ zu einem Haftrichter, der eine Haftstrafe aussprach.

„Mit diesem bürokratischen Wahnsinn klappt es nicht“, schimpft Ostermann. Er fordert „bundeseigene Abschiebehaftplätze, eine Sechs-Monatsfrist in Abschiebehaft zur Passersatzpapierbeschaffung und die Zuständigkeit der Bundespolizei für die Abschiebungen“. Abschiebung sei jedoch ein Thema, um das sich die Bundesregierung „nicht ernsthaft“ kümmern wolle. Auf Ankündigungen würden keine Taten folgen. „Es ist eine erneute Bankrotterklärung“, stellt er frustriert fest.

Mehr aktuelle News

Nach monatelanger Verzögerung - Jetzt kommt brisantes Klima-Gutachten ans Licht, das die Ampel lange zurückhielt(https://www.focus.de/earth/news/nach-monatelanger-verzoegerung-jetzt-kommt-brisantes-klima-gutachten-ans-licht-das-die-ampel-lange-zurueckhielt_id_260235793.html)

Von der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen würden Umwelt und Haushalt gleichermaßen profitieren. Doch ein wichtiges Gutachten, das die Voraussetzungen dafür schaffen sollte, wurde vom BMWK ein Dreivierteljahr lang nicht veröffentlicht. Jetzt liegt es vor – und zeigt den größten Handlungsbedarf im Verkehrssektor.

TV-Kolumne „Fakt“ - Mit ihren AfD-Berichten bringen mich ARD und ZDF um den Schlaf(https://www.focus.de/kultur/kino_tv/tv-kolumne-fakt-mit-ihren-afd-berichten-bringen-mich-ard-und-zdf-um-

[den-schlaf_id_260241865.html](#))

ARD und ZDF suchen gerade den Grusel in Sachsen und Thüringen. Wahlkämpfe zwischen Hitlergruß und Hysterie. Ich bleibe zuversichtlich: Das Abendland wird am Wahlsonntag 1. September nicht untergehen.

dvo



Teilen Sie Ihre Meinung

Melden Sie sich an und diskutieren Sie mit.

[598 Kommentare öffnen](#)

Teilen Sie Ihre Meinung

✕(https://www.focus.de/politik/deutschland/beamter-ist-bestuerzt-brisante-anweisung-an-polizisten-wer-sich-gegen-abschiebung-weigert-kann-bleiben_id_260244125.html) Sie waren einige Zeit inaktiv, Ihr zuletzt gelesener Artikel wurde hier für Sie gemerkt.